

Betreff:

Übernahme von Bestattungskosten

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
06.08.2008 -

Antragstext:

Der Revisionsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, in wie vielen Fällen die Stadt in 2007 die Bestattungskosten in Fällen übernommen hat, in denen sich die Angehörige weigerten, diese zu übernehmen;
2. zu berichten, auf welche Höhe sich die entsprechenden Ausgaben der Stadt in 2007 belaufen;
3. zu berichten, mit welchem Personal- und Sachaufwand wie viel Prozent der „Vorschüsse“ der Stadt von den Angehörigen zurückgefordert werden konnten;
4. umgehend das Vorgehen dahingehend zu ändern, dass Bestattungskosten nicht länger von Seiten der Stadt „vorgeschossen“ und dann mühsam zurückgefordert werden, sondern zahlungsfähige Angehörige ggf. mittels Verhängung von Bußgeldern zur Übernahme der Bestattungskosten zu zwingen;
5. dem Revisionsausschuss nach Umstellung des Verfahrens hierüber zu berichten bzw. ihm spätestens in dessen Sitzung am 10. September 2008 einen Zwischenbericht vorzulegen.
6. die Gebührenkatalog zur Grundlage der Kostenübernahme durch die Stadt Wiesbaden im Bezug auf die aktuellen Marktpreise zu überprüfen und dem Ausschuss zu berichten.

Wiesbaden, 06.08.2008